

BG-Vorschrift

Unfallverhütungsvorschrift

Fachkräfte für Arbeitssicherheit

vom 1. Dezember 1974
in der Fassung vom
1. Oktober 2002



VBG

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft
die Berufsgenossenschaft
der Banken, Versicherungen, Verwaltungen,
freien Berufe und besonderer Unternehmen

Durchführungsanweisungen geben vornehmlich an, wie die in den Unfallverhütungsvorschriften normierten Schutzziele erreicht werden können. Sie schließen andere, mindestens ebenso sichere Lösungen nicht aus, die auch in technischen Regeln anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ihren Niederschlag gefunden haben können. Durchführungsanweisungen enthalten darüber hinaus weitere Erläuterungen zu Unfallverhütungsvorschriften.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Geltungsbereich	4
§ 2 Bestellung	4
§ 3 Fachkunde	9
§ 4 Bericht	16
§ 5 Fortbildung	16
§ 6 Übergangs- und Ausführungsbestimmungen	17
§ 7 In-Kraft-Treten	17
Anlage 1	20
Anlage 2	32
Anhang	37

§ 1

Geltungsbereich

Diese Unfallverhütungsvorschrift gilt für Unternehmer, die nach § 2 Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen haben.

DA zu § 1:

Nach § 15 Abs. 1 Nr. 6 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) erlassen die Unfallversicherungsträger als autonomes Recht Unfallverhütungsvorschriften (Berufsgenossenschaftliche Vorschriften) über die Maßnahmen, die der Unternehmer zur Erfüllung der sich aus dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz – ASiG) ergebenden Pflichten zu treffen hat. Diese Unfallverhütungsvorschrift regelt Maßnahmen, die der Unternehmer zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 und aus § 5 Abs. 3 des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) ergebenden Pflichten zu treffen hat. Der Text des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) ist dieser Unfallverhütungsvorschrift als Anlage beigefügt.

§ 2

Bestellung

(1) Der Unternehmer hat Fachkräfte für Arbeitssicherheit zur Wahrnehmung der in § 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz) bezeichneten Aufgaben für die sich aus den Merkmalen der nachstehenden Tabelle ergebenden erforderlichen Einsatzzeiten schriftlich zu bestellen oder zu verpflichten:

Betriebsart	erforderliche Einsatzzeit der Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Std./Jahr je Arbeitnehmer)
1. Alle Mitgliedsunternehmen der Verwaltungs-BG, die nicht unter den Ziffern 2 bis 7 einzuordnen sind	0,3

Betriebsart	erforderliche Einsatzzeit der Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Std./Jahr je Arbeitnehmer)
2. Technische Überwachungsvereine, Ingenieurbüros mit Versuchseinrichtungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Wohnungsunternehmen mit Regiebetrieben	0,8
3. Schulen und Ausbildungsstätten für die berufliche Aus- und Fortbildung	1,0
4. Theater, Werbeunternehmen mit Produktionseinrichtungen, Wissenschaftliche Institute mit Laboratorien, Zoologische Gärten, Wild- und Safariparks, Tierheime	1,4
5. Bewachungsunternehmen	1,8
6. Unternehmen für Arbeitnehmerüberlassung	3,0
7. Unternehmen mit techn. Bereichen, die nicht in den Gruppen 2 bis 6 erfasst sind und in denen Arbeitnehmer beschäftigt sind, bei denen aufgrund ihrer Tätigkeit eine besondere Unfallgefahr für sie selbst oder Dritte vorliegt, oder weil einer Berufskrankheit vorzubeugen ist	1,2

Unabhängig von der sich aus der Tabelle ergebenden Einsatzzeit ist je Unternehmen und Jahr eine Einsatzzeit von mindestens 2 Stunden erforderlich.

(2) Für Unternehmen bis 10 Arbeitnehmer beträgt die erforderliche Einsatzzeit abweichend von Absatz 1 für

- die Betriebsart 1: 2 Stunden pro Jahr,
- die Betriebsart 2: 4 Stunden pro Jahr,
- die Betriebsart 3: 5 Stunden pro Jahr

und kann von Unternehmen der Betriebsart 1 innerhalb von längstens 3 Jahren sowie von Unternehmen der Betriebsart 2 und 3 innerhalb von längstens 2 Jahren erbracht werden (Grundbetreuung).

A 6

Nachdem die Grundbetreuung nach Satz 1 (Betriebsart 1: 6 Stunden, Betriebsart 2: 8 Stunden und Betriebsart 3: 10 Stunden) erfolgt ist, hat der Unternehmer nur dann noch eine Fachkraft für Arbeitssicherheit zu bestellen oder zu verpflichten, soweit dies im Hinblick auf die Betriebs-situation und die damit für die Arbeitnehmer verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren erforderlich ist (Bedarfsbetreuung). Dies ist insbesondere der Fall bei

- Neu- oder Umgestaltung der Betriebsstätte (z. B. Neubau oder Neuanmietung der Betriebsräume, bauliche Veränderungen von Arbeitsräumen, Verkehrswegen, Sozialräumen und Lagerräumen),
- Neu- oder Umgestaltung von Arbeitsplätzen,
- Einführung oder Änderung von Arbeitsverfahren,
- Beschaffung oder Umrüstung technischer Arbeitsmittel,
- Einführung von gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen,
- meldepflichtigen Arbeitsunfällen und anzuzeigenden Berufskrankheiten.

Unbeschadet von Satz 2 und 3 ist bei Unternehmen der Betriebsart 1 jeweils spätestens 6 Jahre und bei Unternehmen der Betriebsarten 2 und 3 jeweils spätestens 4 Jahre nach erfolgter Grundbetreuung eine Fachkraft für Arbeitssicherheit für mindestens 2 Stunden zu bestellen oder zu verpflichten (erneute Grundbetreuung).

Der Unternehmer hat jährlich ein Protokoll über die von ihm vorzunehmende Beurteilung der Betriebssituation und der damit verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren sowie darüber, ob eine Beratung in Anspruch genommen wurde oder nicht, zu führen.

(3) Der Unternehmer kann nach Maßgabe der Anlage 2 davon absehen, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit gemäß Absätzen 1 und 2 zu bestellen oder zu verpflichten wenn

1. die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer weniger als

- 100 Arbeitnehmer für Betriebsart 1,
- 90 Arbeitnehmer für Betriebsart 2,
- 75 Arbeitnehmer für Betriebsart 3,
- 50 Arbeitnehmer für Betriebsart 4,
- 40 Arbeitnehmer für Betriebsart 5,
- 25 Arbeitnehmer für Betriebsart 6,
- 60 Arbeitnehmer für Betriebsart 7

beträgt,

2. der Unternehmer an von der Berufsgenossenschaft festgelegten Informations- und Motivationsmaßnahmen innerhalb von zwei Jahren teilnimmt,
3. er in regelmäßigen Zeitabständen Fortbildungsveranstaltungen der Berufsgenossenschaft besucht
und
4. er eine bedarfsgerechte und qualifizierte Beratung in Fragen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes nachweist.

(4) Die Berufsgenossenschaft kann im Einzelfall im Einvernehmen mit der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörde eine Ausnahme von Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 bewilligen und geringere Einsatzzeiten festsetzen, soweit im Betrieb, verglichen mit Betrieben der gleichen Art, die Unfall- und Gesundheitsgefahren unterdurchschnittlich gering sind. Die Berufsgenossenschaft kann ferner im Einzelfall im Einvernehmen mit der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörde abweichend von Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 höhere Einsatzzeiten festsetzen, soweit im Betrieb, verglichen mit Betrieben der gleichen Art, überdurchschnittliche Unfall- und Gesundheitsgefahren bestehen, und die Bestellung eines Sicherheitsingenieurs verlangen, soweit die Tätigkeit der Fachkraft im Betrieb eine ingenieurmäßige Ausbildung erfordert.

(5) Die Berufsgenossenschaft kann im Einzelfall im Einvernehmen mit der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörde eine Ausnahme von Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 und 4 bewilligen und geringere Einsatzzeiten festsetzen, wenn die Erbringung der Einsatzzeit im Einzelfall aufgrund der Betriebsorganisation nicht erforderlich ist und die Abweichung mit dem Schutz der Versicherten vereinbar ist.

DA zu § 2 Abs. 1:

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit können als ständig oder zeitweise tätige Kräfte bestellt werden. Sie können vom Unternehmer eingestellt oder freiberuflich tätig sein oder auch einem überbetrieblichen Dienst angehören, den der Unternehmer nach § 19 des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) verpflichtet hat.

Die Einsatzzeit für einen Betrieb errechnet sich aus der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer multipliziert mit der erforderlichen Einsatzzeit der Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Std./Jahr je Arbeitnehmer), die dem Betrieb gemäß seiner Betriebsart in der Tabelle zugewiesen ist.

A6

Die erforderliche Einsatzzeit ist die Arbeitszeit, die den Fachkräften für Arbeitssicherheit zur Erfüllung der Aufgaben aus § 6 des Arbeitssicherheitsgesetzes im Betrieb je Jahr und Arbeitnehmer mindestens zur Verfügung stehen muss. So können zum Beispiel Wegezeiten einer nicht im Betrieb eingestellten Fachkraft für Arbeitssicherheit nicht als Einsatzzeit angerechnet werden; dies gilt auch für andere Zeiten, die für die Erfüllung von nicht unter § 6 des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG) fallende Aufgaben verwendet werden.

Unternehmen mit mehreren Betrieben steht es frei, auf die Benennung einer Fachkraft für Arbeitssicherheit für jeden einzelnen Betrieb zu verzichten, wenn eine gemeinsame Betreuung der Betriebe durch eine oder mehrere Fachkräfte für Arbeitssicherheit gewährleistet ist. Die Einsatzzeiten sind entsprechend zu berechnen.

DA zu § 2 Abs. 2:

Die nach § 2 Abs. 1 Satz 2 zu erbringende Einsatzzeit von jährlich mindestens 2 Stunden darf bei der Bedarfsbetreuung nach § 2 Abs. 2 Satz 2 unterschritten werden.

Damit der Unternehmer zuverlässig Anlässe nach Satz 3 für die erforderliche Beauftragung einer Fachkraft für Arbeitssicherheit erkennen und deren Inanspruchnahme nach Art und Umfang beurteilen sowie dokumentieren kann, sind Beispiele hierfür notwendiger Erkenntnisse und Hinweise in der SP-Schrift 26 der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft zusammengestellt.

Für das Protokoll nach Satz 5 ist die Dokumentation nach § 6 Gesetz über die Durchführung des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG) ausreichend, soweit aus ihr die nach § 2 Abs. 2 Satz 5 erforderlichen Informationen hervorgehen.

DA zu § 2 Abs. 5:

Eine Ausnahme kann beispielsweise bewilligt werden, wenn für mehrere Einzelunternehmen aufgrund der besonderen Betriebsweise (z.B. gemeinsame Nutzung von Personal, Büro oder Einrichtungen) statt der Betreuung jedes Unternehmens nur eine gemeinsame Betreuung erforderlich ist.

§ 3

Fachkunde

(1) Der Unternehmer kann die erforderliche sicherheitstechnische Fachkunde von Fachkräften für Arbeitssicherheit als nachgewiesen ansehen, wenn diese den in den Absätzen 2 bis 4 festgelegten Anforderungen genügen. Wenn der Unternehmer Fachkräfte für Arbeitssicherheit bestellt, die den Anforderungen der Absätze 2 bis 4 nicht genügen, muss er auf Verlangen der Berufsgenossenschaft den Nachweis der Fachkunde erbringen.

(2) Sicherheitsingenieure erfüllen die Anforderungen, wenn sie

1. berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen,
2. danach eine praktische Tätigkeit als Ingenieur mindestens zwei Jahre lang ausgeübt haben

und

3. einen staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Ausbildungslehrgang

oder

einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang eines anderen Veranstaltungsträgers mit Erfolg abgeschlossen haben.

Ingenieure der Fachrichtung Sicherheitstechnik, die eine einjährige praktische Tätigkeit als Ingenieur ausgeübt haben, erfüllen die Fachkundevoraussetzungen.

(3) Sicherheitstechniker erfüllen die Anforderungen, wenn sie

1. eine Prüfung als staatlich anerkannter Techniker erfolgreich abgelegt haben,
2. danach eine praktische Tätigkeit als Techniker mindestens zwei Jahre lang ausgeübt haben

und

3. einen staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Ausbildungslehrgang

oder

einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang eines anderen Veranstaltungsträgers mit Erfolg abgeschlossen haben.

A 6

Die Anforderungen erfüllt auch, wer ohne Prüfung als staatlich anerkannter Techniker mindestens vier Jahre als Techniker tätig war und einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang oder einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang eines anderen Veranstaltungsträgers mit Erfolg abgeschlossen hat.

- (4) Sicherheitsmeister erfüllen die Anforderungen, wenn sie
1. die Meisterprüfung erfolgreich abgelegt haben,
 2. danach eine praktische Tätigkeit als Meister mindestens zwei Jahre lang ausgeübt haben
und
 3. einen staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Ausbildungslehrgang
oder
einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang eines anderen Veranstaltungsträgers mit Erfolg abgeschlossen haben.

Die Anforderungen erfüllt auch, wer ohne Meisterprüfung mindestens vier Jahre lang als Meister oder in gleichwertiger Funktion tätig war und einen staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Ausbildungslehrgang oder einen staatlich oder berufsgenossenschaftlich anerkannten Ausbildungslehrgang eines anderen Veranstaltungsträgers mit Erfolg abgeschlossen hat.

(5) Fachkräfte für Arbeitssicherheit erfüllen diese Anforderungen auch, wenn sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Unfallverhütungsvorschrift als solche tätig sind und die Fachkundevoraussetzungen zur Unfallverhütungsvorschrift „Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122) vom 1. Dezember 1974 vorliegen.

(6) Der Ausbildungslehrgang nach den Absätzen 2 bis 4 umfasst die Ausbildungsstufe I (Grundausbildung), Ausbildungsstufe II (Vertiefende Ausbildung), Ausbildungsstufe III (Bereichsbezogene Ausbildung) und das begleitende Praktikum. Bestandteile der Ausbildungsstufe III sind die nachfolgenden Rahmenthemen:

- für den Bereich „Büroarbeitsplätze/Verwaltungstätigkeiten“
 - Brand- und Explosionsschutz
 - Arbeiten mit/in der Nähe von Energieträgern und Strahlungsquellen

- Erstellung, Instandhaltung und Beseitigung von baulichen Einrichtungen und Anlagen
- Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen
- für den Bereich „Arbeitnehmerüberlassung/Zeitarbeit“
 - Schutz vor Sturz aus der Höhe/in die Tiefe
 - Arbeiten mit/in der Nähe von Energieträgern und Strahlungsquellen
 - Biologische Sicherheit
 - Arbeiten in Bereichen mit Kontaminationsgefahr
 - Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen
- für den Bereich „Bewachungsunternehmen“
 - Brand- und Explosionsschutz
 - Schutz vor Sturz aus der Höhe/in die Tiefe
 - Biologische Sicherheit
 - Organisation der Instandhaltung und Störungsbeseitigung
 - Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen
- für den Bereich „Technisch ausgestattete Unternehmen“
 - Brand- und Explosionsschutz
 - Schutz vor Sturz aus der Höhe/in die Tiefe
 - Arbeiten in Bereichen mit Kontaminationsgefahr
 - Erstellung, Instandhaltung und Beseitigung von baulichen Einrichtungen und Anlagen
 - Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen

DA zu § 3 Abs. 2 bis 4:

Die Ausbildungslehrgänge werden nach den Grundsätzen gestaltet, die das BMA mit Schreiben vom 29.12.1997 an die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im Rahmen der Fachaufsicht festgelegt hat.

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, die einen Ausbildungslehrgang mit Erfolg abgeschlossen haben, der nach den Grundsätzen gestaltet war, die das BMA mit Fachaufsichtsschreiben vom 02.07.1979 festgelegt hatte, dürfen weiterhin bestellt werden.

Anforderungen an die Ausbildung und Tätigkeit der Fachkräfte für Arbeitssicherheit enthält die Informationsschrift der VBG „Informationen zur Ausbildung als Fachkraft für Arbeitssicherheit“. Sie wird dem Unternehmer und der angehenden Fachkraft für Arbeitssicherheit im Vorfeld der Ausbildung zugestellt.

A6

DA zu § 3 Abs. 6:

Entsprechend Ziffer 7 des Fachaufsichtsschreibens des BMA vom 29.12.1997 (IIIb7-36042-5) zur Ausbildung zur Fachkraft für Arbeitssicherheit werden in der Ausbildungsstufe III (Bereichsbezogene Ausbildung) die erforderlichen bereichsbezogenen Kenntnisse vermittelt, wobei in der Regel auf das in den Ausbildungsstufen I und II erworbene Wissen aufgebaut wird. Dabei werden die Rahmenforderungen gemäß der Ausbildungskonzeption berücksichtigt, wonach die Rahmenthemen der Ausbildungsstufe III den nachfolgenden fünf Themenfeldern zugeordnet werden:

1. Spezifische Gefährdungsfaktoren
2. Spezifische Maschinen/Geräte/Anlagen
3. Spezifische Arbeitsverfahren
4. Spezifische Arbeitsstätten
5. Spezifische personalbezogene Themen

Die Rahmenthemen werden wie folgt untergliedert:

Für den Bereich „Büroarbeitsplätze/Verwaltungstätigkeiten“

- **Rahmenthema:** Brand- und Explosionsschutz (3 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Vorbeugender und abwehrender Brandschutz in Verwaltungsgebäuden
- **Rahmenthema:** Arbeiten mit/in der Nähe von Energieträgern und Strahlungsquellen (1 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Elektromagnetische Strahlung
- **Rahmenthema:** Erstellung, Instandhaltung und Beseitigung von baulichen Einrichtungen und Anlagen (2 LE) aus dem Themenfeld 3 „Spezifische Arbeitsverfahren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Instandhaltung raumlufttechnischer Anlagen
- **Rahmenthema:** Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen (6 LE) aus dem Themenfeld 5 „Spezifische personalbezogene Themen“,

angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:

- Gefährdungen/Belastungen von Versicherten, die in folgenden Bereichen tätig sind:
 - Kassenbereiche
 - Call Center
 - Ergonomie

Für den Bereich „Arbeitnehmerüberlassung/Zeitarbeit“

- **Rahmenthema:** Schutz vor Sturz aus der Höhe/in die Tiefe (2 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Absturzsicherung bei hoch gelegenen Arbeitsplätzen
 - Leitern
 - Gerüste
 - Dacharbeiten
- **Rahmenthema:** Arbeiten mit/in der Nähe von Energieträgern und Strahlungsquellen (1 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Revisionsarbeiten in Kernkraftwerken (ionisierende Strahlung)
- **Rahmenthema:** Biologische Sicherheit (2 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Infektionsschutz bei:
 - Abfallaufbereitungs- bzw. Kompostieranlagen
 - Kranken- und Altenpflege
- **Rahmenthema:** Arbeiten in Bereichen mit Kontaminationsgefahr (1 LE) aus den Themenfeldern 1 und 4 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“ und „Spezifische Arbeitsstätten“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Entsorgung
 - Sanierung
- **Rahmenthema:** Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen (6 LE) aus dem Themenfeld 5 „Spezifische personalbezogene Themen“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Besondere Gefährdungen/Belastungen der Leiharbeitnehmer durch wechselnde Einsätze

A6

Für den Bereich „Bewachungsunternehmen“

- **Rahmenthema:** Brand- und Explosionsschutz (3 LE) aus dem Themenfeld 1: „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Vorbeugender und abwehrender Brandschutz bei Objekten
- **Rahmenthema:** Schutz vor Sturz aus der Höhe/in die Tiefe (1 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Absturzsicherung beim Einsatz im Objektschutz und bei der Baustellenbewachung
- **Rahmenthema:** Biologische Sicherheit (1 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Infektionsschutz bei Wach- und Sicherungsdienstleistungen
- **Rahmenthema:** Organisation der Instandhaltung und Störungsbeseitigung (1 LE) aus dem Themenfeld 3 „Spezifische Arbeitsverfahren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Störungsmeldeverfahren
- **Rahmenthema:** Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen (6 LE) aus dem Themenfeld 5 „Spezifische personalbezogene Themen“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Gefährdungen/Belastungen Versicherter, die in folgenden Einsatzbereichen tätig sind:
 - Sicherung von Objekten einschließlich Werkschutz
 - Empfangs- und Pfortendienst
 - Revier- und Streifendienst
 - Sicherungs-, Kontroll- und Ordnungsdienst in öffentlichen Bereichen
 - Notruf- und Serviceleitstellendienst
 - Störmeldebeseitigung
 - Alarmverfolgung
 - Sicherungsdienst im Handel
 - Sicherungs- und Ordnungsdienst bei Veranstaltungen, in Discotheken etc.

- Personenschutz
- Sicherungs- und Kontrolldienst in Justizvollzugsanstalten, Gewahrsamseinrichtungen, Asylantenheimen etc.
- Sicherungsdienst im Bereich von Gleisen
- Geld- und Wertdienstleistungen

Für den Bereich „Technisch ausgestattete Unternehmen“

- **Rahmenthema:** Brand- und Explosionsschutz (1 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Vorbeugender und abwehrender Brandschutz
- **Rahmenthema:** Schutz vor Sturz aus der Höhe /in die Tiefe (2 LE) aus dem Themenfeld 1 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Absturzsicherung bei hoch gelegenen Arbeitsplätzen
- **Rahmenthema:** Arbeiten in Bereichen mit Kontaminationsgefahr (1 LE) aus den Themenfeldern 1 und 4 „Spezifische Gefährdungsfaktoren“ und „Spezifische Arbeitsstätten“, angesprochen wird insbesondere das Unterthema:
 - Sanierung
- **Rahmenthema:** Erstellung, Instandhaltung und Beseitigung von baulichen Einrichtungen und Anlagen (4 LE) aus dem Themenfeld 3 „Spezifische Arbeitsverfahren“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Gebäudeinstandhaltung
 - Spezielle Anforderungen an bauliche Einrichtungen
 - Instandhaltung und Wartung raumlufttechnischer Anlagen
- **Rahmenthema:** Gefährdung/Belastung bestimmter Personengruppen (4 LE) aus dem Themenfeld 5 „Spezifische personalbezogene Themen“, angesprochen werden insbesondere die Unterthemen:
 - Gefährdungen/Belastungen von Versicherten, die in speziellen Bereichen tätig sind, z. B.:
 - Kirchliche Einrichtungen
 - Rundfunk- und Fernsehanstalten
 - Schulische Einrichtungen, Ausbildungswerkstätten

A 6

Ausbildungsmaßnahmen der Stufe III können bereits in den Zeiträumen zwischen den Präsenzphasen der Ausbildungsstufen I (Grundausbildung) und II (Vertiefende Ausbildung) durchgeführt werden, soweit die erforderlichen fachlichen Kenntnisse vorhanden sind.

§ 4

Bericht

Der Unternehmer hat Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu verpflichten, über die Erfüllung der übertragenen Aufgaben regelmäßig einen Bericht zu erstatten.

§ 5

Fortbildung

(1) Der Unternehmer hat den Fachkräften für Arbeitssicherheit die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen, soweit die Fortbildungsmaßnahme den betrieblichen Belangen entspricht.

(2) Bei einem Wechsel einer Fachkraft für Arbeitssicherheit, die die Ausbildungsstufe III (Bereichsbezogene Ausbildung) entsprechend den Festlegungen eines anderen Unfallversicherungsträgers absolviert hat, in eine andere Branche hat der Unternehmer dafür zu sorgen, dass die Fachkraft für Arbeitssicherheit die erforderlichen bereichsbezogenen Kenntnisse durch Fortbildung erwirbt. Die Berufsgenossenschaft entscheidet über den erforderlichen Umfang an Fortbildung unter Berücksichtigung der Inhalte ihrer Ausbildungsstufe III.

§ 6

Übergangs- und Ausführungsbestimmungen

Begonnene Ausbildungslehrgänge, die noch auf der Konzeption des Fachaufsichtsschreibens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 2. Juli 1979 beruhen, müssen bis zum 31. Dezember 2003 abgeschlossen sein.

DA zu § 6:

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, die begonnene Ausbildungslehrgänge nach der Konzeption des Fachaufsichtsschreibens vom 02.07.1979 bis zum 31.12.2003 abschließen, dürfen als solche vom Arbeitgeber bestellt werden.

§ 7

In-Kraft-Treten

Diese Unfallverhütungsvorschrift tritt am 1. Dezember 1974 in Kraft.

G e n e h m i g u n g

Die vorstehende Unfallverhütungsvorschrift **„Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122)** wird genehmigt.

Bonn, den 28. Oktober 1974

Az: III b 7 – 3718.13 BA 31(14) – 3715.1

Der Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Kliesch)

(Siegel)

Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 217 vom 22.11.1974.

Genehmigung

Der vorstehende 1. Nachtrag zu der Unfallverhütungsvorschrift **„Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122)** wird genehmigt.

Bonn, den 30. September 1982

Az: III b 7 – 36025-31

Der Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Kliesch)

(Siegel)

Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 198 vom 22.10.1982.

Genehmigung

Der vorstehende 2. Nachtrag zu der Unfallverhütungsvorschrift **„Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122)** wird genehmigt.

Bonn, den 10. Juli 1987

Az: III b 7 – 36025-31

Der Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Nöthlichs)

(Siegel)

Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 135 vom 25.7.1987 und
141 vom 4.8.1987.

Genehmigung

Der vorstehende 3. Nachtrag zu der Unfallverhütungsvorschrift **„Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122)** wird genehmigt.

Bonn, den 15. August 1995

Az: III b – 36025 – 31

Das Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Streffer)

(Siegel)

G e n e h m i g u n g

Der vorstehende 4. Nachtrag zu der Unfallverhütungsvorschrift **„Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (VBG 122)** wird genehmigt.

Bonn, den 14. September 2001

Az: III b 4-36025-31

Das Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Becker)

(Siegel)

Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 184 vom 29. September 2001.

G e n e h m i g u n g

Der vorstehende 5. Nachtrag zu der Unfallverhütungsvorschrift **„Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (bisherige VBG 122, jetzt BGVA 6)** wird genehmigt.

Bonn, den 02. September 2002

Az: III b 4-36025-31

Das Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung

Im Auftrag
(gez. Becker)

(Siegel)

Veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 183 vom 28. September 2002.

Anlage 1

Anlage 1

Gesetz

über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit

vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885),
zuletzt geändert durch Artikel 5 a des Gesetzes vom
24. August 2002 (BGBl. I S. 3412)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt

§ 1

Grundsatz

Der Arbeitgeber hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Diese sollen ihn beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung unterstützen. Damit soll erreicht werden, dass

1. die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Vorschriften den besonderen Betriebsverhältnissen entsprechend angewandt werden,
2. gesicherte arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Erkenntnisse zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung verwirklicht werden können,
3. die dem Arbeitsschutz und der Unfallverhütung dienenden Maßnahmen einen möglichst hohen Wirkungsgrad erreichen.

Zweiter Abschnitt

Betriebsärzte

§ 2

Bestellung von Betriebsärzten

(1) Der Arbeitgeber hat Betriebsärzte schriftlich zu bestellen und ihnen die in § 3 genannten Aufgaben zu übertragen, soweit dies erforderlich ist im Hinblick auf

1. die Betriebsart und die damit für die Arbeitnehmer verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren,
2. die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft und

Anlage 1

3. die Betriebsorganisation, insbesondere im Hinblick auf die Zahl und die Art der für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen.

(2) Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass die von ihm bestellten Betriebsärzte ihre Aufgaben erfüllen. Er hat sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen; insbesondere ist er verpflichtet, ihnen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, Hilfspersonal sowie Räume, Einrichtungen, Geräte und Mittel zur Verfügung zu stellen. Er hat sie über den Einsatz von Personen zu unterrichten, die mit einem befristeten Arbeitsvertrag beschäftigt oder ihm zur Arbeitsleistung überlassen sind.

(3) Der Arbeitgeber hat den Betriebsärzten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Fortbildung unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange zu ermöglichen. Ist der Betriebsarzt als Arbeitnehmer eingestellt, so ist er für die Zeit der Fortbildung unter Fortentrichtung der Arbeitsvergütung von der Arbeit freizustellen. Die Kosten der Fortbildung trägt der Arbeitgeber. Ist der Betriebsarzt nicht als Arbeitnehmer eingestellt, so ist er für die Zeit der Fortbildung von der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben freizustellen.

§ 3

Aufgaben der Betriebsärzte

(1) Die Betriebsärzte haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen des Gesundheitsschutzes zu unterstützen. Sie haben insbesondere

1. den Arbeitgeber und die sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen zu beraten, insbesondere bei
 - a) der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen und von sozialen und sanitären Einrichtungen,
 - b) der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen,
 - c) der Auswahl und Erprobung von Körperschutzmitteln,
 - d) arbeitsphysiologischen, arbeitspsychologischen und sonstigen ergonomischen sowie arbeitshygienischen Fragen, insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung, der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung,

Anlage 1

- e) der Organisation der „Ersten Hilfe“ im Betrieb,
 - f) Fragen des Arbeitsplatzwechsels sowie der Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter in den Arbeitsprozess,
 - g) der Beurteilung der Arbeitsbedingungen.
2. die Arbeitnehmer zu untersuchen, arbeitsmedizinisch zu beurteilen und zu beraten sowie die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten,
 3. die Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beobachten und im Zusammenhang damit
 - a) die Arbeitsstätten in regelmäßigen Abständen zu begehen und festgestellte Mängel dem Arbeitgeber oder der sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Person mitzuteilen, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel vorzuschlagen und auf deren Durchführung hinzuwirken,
 - b) auf die Benutzung der Körperschutzmittel zu achten,
 - c) Ursachen von arbeitsbedingten Erkrankungen zu untersuchen, die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten und dem Arbeitgeber Maßnahmen zur Verhütung dieser Erkrankungen vorzuschlagen,
 4. darauf hinzuwirken, dass sich alle im Betrieb Beschäftigten den Anforderungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung entsprechend verhalten, insbesondere sie über die Unfall- und Gesundheitsgefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, sowie über die Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren zu belehren und bei der Einsatzplanung und Schulung der Helfer in „Erster Hilfe“ und des medizinischen Hilfspersonals mitzuwirken.
- (2) Die Betriebsärzte haben auf Wunsch des Arbeitnehmers diesem das Ergebnis arbeitsmedizinischer Untersuchungen mitzuteilen; § 8 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.
- (3) Zu den Aufgaben der Betriebsärzte gehört es nicht, Krankmeldungen der Arbeitnehmer auf ihre Berechtigung zu überprüfen.

§ 4

Anforderungen an Betriebsärzte

Der Arbeitgeber darf als Betriebsärzte nur Personen bestellen, die berechtigt sind, den ärztlichen Beruf auszuüben, und die über die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderliche arbeitsmedizinische Fachkunde verfügen.

Dritter Abschnitt

Fachkräfte für Arbeitssicherheit

§ 5

Bestellung von Fachkräften für Arbeitssicherheit

(1) Der Arbeitgeber hat Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Sicherheitsingenieure, -techniker, -meister) schriftlich zu bestellen und ihnen die in § 6 genannten Aufgaben zu übertragen, soweit dies erforderlich ist im Hinblick auf

1. die Betriebsart und die damit für die Arbeitnehmer verbundenen Unfall- und Gesundheitsgefahren,
2. die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft,
3. die Betriebsorganisation, insbesondere im Hinblick auf die Zahl und Art der für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen,
4. die Kenntnisse und die Schulung des Arbeitgebers oder der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 des Arbeitsschutzgesetzes verantwortlichen Personen in Fragen des Arbeitsschutzes.

(2) Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass die von ihm bestellten Fachkräfte für Arbeitssicherheit ihre Aufgaben erfüllen. Er hat sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen; insbesondere ist er verpflichtet, ihnen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, Hilfspersonal sowie Räume, Einrichtungen, Geräte und Mittel zur Verfügung zu stellen. Er hat sie über den Einsatz von Personen zu unterrichten, die mit einem befristeten Arbeitsvertrag beschäftigt oder ihm zur Arbeitsleistung überlassen sind.

(3) Der Arbeitgeber hat den Fachkräften für Arbeitssicherheit die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Fortbildung unter Berücksichtigung der betrieblichen Belange zu ermöglichen. Ist die Fachkraft für Arbeits-

Anlage 1

sicherheit als Arbeitnehmer eingestellt, so ist sie für die Zeit der Fortbildung unter Fortentrichtung der Arbeitsvergütung von der Arbeit freizustellen. Die Kosten der Fortbildung trägt der Arbeitgeber. Ist die Fachkraft für Arbeitssicherheit nicht als Arbeitnehmer eingestellt, so ist sie für die Zeit der Fortbildung von der Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben freizustellen.

§ 6

Aufgaben der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterstützen. Sie haben insbesondere

1. den Arbeitgeber und die sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Personen zu beraten, insbesondere bei
 - a) der Planung, Ausführung und Unterhaltung von Betriebsanlagen und von sozialen und sanitären Einrichtungen,
 - b) der Beschaffung von technischen Arbeitsmitteln und der Einführung von Arbeitsverfahren und Arbeitsstoffen,
 - c) der Auswahl und Erprobung von Körperschuttmitteln,
 - d) der Gestaltung der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs, der Arbeitsumgebung und in sonstigen Fragen der Ergonomie,
 - e) der Beurteilung der Arbeitsbedingungen.
2. die Betriebsanlagen und die technischen Arbeitsmittel insbesondere vor der Inbetriebnahme und Arbeitsverfahren insbesondere vor ihrer Einführung sicherheitstechnisch zu überprüfen,
3. die Durchführung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beobachten und im Zusammenhang damit
 - a) die Arbeitsstätten in regelmäßigen Abständen zu begehen und festgestellte Mängel dem Arbeitgeber oder der sonst für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung verantwortlichen Person mitzuteilen, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mängel vorzuschlagen und auf deren Durchführung hinzuwirken,

Anlage 1

- b) auf die Benutzung der Körperschutzmittel zu achten,
 - c) Ursachen von Arbeitsunfällen zu untersuchen, die Untersuchungsergebnisse zu erfassen und auszuwerten und dem Arbeitgeber Maßnahmen zur Verhütung dieser Arbeitsunfälle vorzuschlagen,
4. darauf hinzuwirken, dass sich alle im Betrieb Beschäftigten den Anforderungen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung entsprechend verhalten, insbesondere sie über die Unfall- und Gesundheitsgefahren, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sind, sowie über die Einrichtungen und Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren zu belehren und bei der Schulung der Sicherheitsbeauftragten mitzuwirken.

§ 7

Anforderungen an Fachkräfte für Arbeitssicherheit

(1) Der Arbeitgeber darf als Fachkräfte für Arbeitssicherheit nur Personen bestellen, die den nachstehenden Anforderungen genügen: Der Sicherheitsingenieur muss berechtigt sein, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen und über die zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderliche sicherheitstechnische Fachkunde verfügen. Der Sicherheitstechniker oder -meister muss über die zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben erforderliche sicherheitstechnische Fachkunde verfügen.

(2) Die zuständige Behörde kann es im Einzelfall zulassen, dass anstelle eines Sicherheitsingenieurs, der berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen, jemand bestellt werden darf, der zur Erfüllung der sich aus § 6 ergebenden Aufgaben über entsprechende Fachkenntnisse verfügt.

Vierter Abschnitt

Gemeinsame Vorschriften

§ 8

Unabhängigkeit bei der Anwendung der Fachkunde

(1) Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind bei der Anwendung ihrer arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen

Anlage 1

Fachkunde weisungsfrei. Sie dürfen wegen der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden. Betriebsärzte sind nur ihrem ärztlichen Gewissen unterworfen und haben die Regeln der ärztlichen Schweigepflicht zu beachten.

(2) Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit oder, wenn für einen Betrieb mehrere Betriebsärzte oder Fachkräfte für Arbeitssicherheit bestellt sind, der leitende Betriebsarzt und die leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit, unterstehen unmittelbar dem Leiter des Betriebs.

(3) Können sich Betriebsärzte oder Fachkräfte für Arbeitssicherheit über eine von ihnen vorgeschlagene arbeitsmedizinische oder sicherheitstechnische Maßnahme mit dem Leiter des Betriebs nicht verständigen, so können sie ihren Vorschlag unmittelbar dem Arbeitgeber und, wenn dieser eine juristische Person ist, dem zuständigen Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs unterbreiten. Ist für einen Betrieb oder ein Unternehmen ein leitender Betriebsarzt oder eine leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit bestellt, steht diesen das Vorschlagsrecht nach Satz 1 zu. Lehnt der Arbeitgeber oder das zuständige Mitglied des zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs den Vorschlag ab, so ist dies den Vorschlagenden schriftlich mitzuteilen und zu begründen; der Betriebsrat erhält eine Abschrift.

§ 9

Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat

(1) Die Betriebsärzte und die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit dem Betriebsrat zusammenzuarbeiten.

(2) Die Betriebsärzte und die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben den Betriebsrat über wichtige Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu unterrichten; sie haben ihm den Inhalt eines Vorschlages mitzuteilen, den sie nach § 8 Abs. 3 dem Arbeitgeber machen. Sie haben den Betriebsrat auf sein Verlangen in Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten.

(3) Die Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind mit Zustimmung des Betriebsrats zu bestellen und abzubrufen. Das Gleiche gilt, wenn deren Aufgaben erweitert oder eingeschränkt werden sollen; im Übrigen gilt § 87 in Verbindung mit § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes.

gesetzes. Vor der Verpflichtung oder Entpflichtung eines freiberuflich tätigen Arztes, einer freiberuflich tätigen Fachkraft für Arbeitssicherheit oder eines überbetrieblichen Dienstes ist der Betriebsrat zu hören.

§ 10

Zusammenarbeit der Betriebsärzte und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Die Betriebsärzte und die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammenzuarbeiten. Dazu gehört es insbesondere, gemeinsame Betriebsbegehungen vorzunehmen. Die Betriebsärzte und die Fachkräfte für Arbeitssicherheit arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den anderen im Betrieb für Angelegenheiten der technischen Sicherheit, des Gesundheits- und des Umweltschutzes beauftragten Personen zusammen.

§ 11

Arbeitsschutzausschuss

Soweit in einer sonstigen Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, hat der Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als zwanzig Beschäftigten einen Arbeitsschutzausschuss zu bilden; bei der Feststellung der Zahl der Beschäftigten sind Teilzeitbeschäftigte mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden mit 0,5 und nicht mehr als 30 Stunden mit 0,75 zu berücksichtigen. Dieser Ausschuss setzt sich zusammen aus:

- dem Arbeitgeber oder einem von ihm Beauftragten,
- zwei vom Betriebsrat bestimmten Betriebsratsmitgliedern,
- Betriebsärzten,
- Fachkräften für Arbeitssicherheit und
- Sicherheitsbeauftragten nach § 22 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch.

Der Arbeitsschutzausschuss hat die Aufgabe, Anliegen des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung zu beraten. Der Arbeitsschutzausschuss tritt mindestens einmal vierteljährlich zusammen.

Anlage 1

§ 12

Behördliche Anordnungen

(1) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall anordnen, welche Maßnahmen der Arbeitgeber zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz und den die gesetzlichen Pflichten näher bestimmenden Rechtsverordnungen und Unfallverhütungsvorschriften ergebenden Pflichten, insbesondere hinsichtlich der Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit, zu treffen hat.

(2) Die zuständige Behörde hat, bevor sie eine Anordnung trifft,

1. den Arbeitgeber und den Betriebsrat zu hören und mit ihnen zu erörtern, welche Maßnahmen angebracht erscheinen und
2. dem zuständigen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung Gelegenheit zu geben, an der Erörterung mit dem Arbeitgeber teilzunehmen und zu der von der Behörde in Aussicht genommenen Anordnung Stellung zu nehmen.

(3) Die zuständige Behörde hat dem Arbeitgeber zur Ausführung der Anordnung eine angemessene Frist zu setzen.

(4) Die zuständige Behörde hat den Betriebsrat über eine gegenüber dem Arbeitgeber getroffene Anordnung schriftlich in Kenntnis zu setzen.

§ 13

Auskunfts- und Besichtigungsrechte

(1) Der Arbeitgeber hat der zuständigen Behörde auf deren Verlangen die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Er kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(2) Die Beauftragten der zuständigen Behörde sind berechtigt, die Arbeitsstätten während der üblichen Betriebs- und Arbeitszeit zu betreten und zu besichtigen; außerhalb dieser Zeit oder wenn sich die Arbeitsstätten in einer Wohnung befinden, dürfen sie nur zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten und besichtigt werden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

§ 14

Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bestimmen, welche Maßnahmen der Arbeitgeber zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Pflichten zu treffen hat. Soweit die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ermächtigt sind, die gesetzlichen Pflichten durch Unfallverhütungsvorschriften näher zu bestimmen, macht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von der Ermächtigung erst Gebrauch, nachdem innerhalb einer von ihm gesetzten angemessenen Frist der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung eine entsprechende Unfallverhütungsvorschrift nicht erlassen hat oder eine unzureichend gewordene Unfallverhütungsvorschrift nicht ändert.

§ 15

Ermächtigung zum Erlass von allgemeinen Verwaltungsvorschriften

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erlässt mit Zustimmung des Bundesrates allgemeine Verwaltungsvorschriften zu diesem Gesetz und den auf Grund des Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.

§ 16

Öffentliche Verwaltung

In Verwaltungen und Betrieben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist ein den Grundsätzen dieses Gesetzes gleichwertiger arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

§ 17

Nichtanwendung des Gesetzes

(1) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden, soweit Arbeitnehmer im Haushalt beschäftigt werden.

(2) Soweit im Bereich der Seeschifffahrt die Vorschriften der Verordnung über die Seediensttauglichkeit und der Verordnung über die Krankenfürsorge auf Kauffahrteischiffen gleichwertige Regelungen enthalten, gelten diese Regelungen für die beschäftigten Kapitäne, Besatzungsmitglieder und sonstige an Bord tätigen Personen deutscher Seeschiffe. Soweit dieses Gesetz auf die Seeschifffahrt nicht anwendbar ist, wird das Nähere durch Rechtsverordnung geregelt.

Anlage 1

(3) Soweit das Bergrecht diesem Gesetz gleichwertige Regelungen enthält, gelten diese Regelungen. Im Übrigen gilt dieses Gesetz.

§ 18

Ausnahmen

Die zuständige Behörde kann dem Arbeitgeber gestatten, auch solche Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen, die noch nicht über die erforderliche Fachkunde im Sinne des § 4 oder § 7 verfügen, wenn der Arbeitgeber sich verpflichtet, in einer festzulegenden Frist den Betriebsarzt oder die Fachkraft für Arbeitssicherheit entsprechend fortbilden zu lassen.

§ 19

Überbetriebliche Dienste

Die Verpflichtung des Arbeitgebers, Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen, kann auch dadurch erfüllt werden, dass der Arbeitgeber einen überbetrieblichen Dienst von Betriebsärzten oder Fachkräften für Arbeitssicherheit zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 oder § 6 verpflichtet.

§ 20

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 12 Abs. 1 zuwiderhandelt,
 2. entgegen § 13 Abs. 1 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt oder
 3. entgegen § 13 Abs. 2 Satz 1 eine Besichtigung nicht duldet.

(2) Eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 1 kann mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro, eine Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 Nr. 2 und 3 mit einer Geldbuße bis zu fünfhundert Euro geahndet werden.

§ 21

Änderung der Reichsversicherungsordnung

(gegenstandslos)

§ 22 **Berlin-Klausel** (gegenstandslos)

§ 23 **In-Kraft-Treten**

(1) Dieses Gesetz, ausgenommen § 14 und § 21, tritt am ersten Tage des auf die Verkündung folgenden zwölften Kalendermonats in Kraft. § 14 und § 21 treten am Tage nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft.

(2) § 6 Abs. 3 Satz 2 und § 7 des Berliner Gesetzes über die Durchführung des Arbeitsschutzes vom 9. August 1949 (VOBl. I S. 265), zuletzt geändert durch Artikel LVIII des Gesetzes vom 6. März 1970 (GVBl. S. 474), treten außer Kraft. Im Übrigen bleibt das Gesetz unberührt.

Anlage 2

zu § 2 Abs. 3: „Erläuterung und Ausgestaltung des Unternehmermodells“

1. Richtziele des Unternehmermodells

Der Unternehmer soll aufgrund der Informations- und Motivationsmaßnahmen

- Arbeitsschutz als unverzichtbares Element in das Unternehmensgeschehen integrieren. Ziel des Arbeitsschutzes ist es, die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer bei der Arbeit auf höchstmöglichem Niveau zu gewährleisten.
- Probleme des betrieblichen Arbeitsschutzes erkennen und entsprechend reagieren können,
- nach Teilnahme an den Informations- und Motivationsmaßnahmen bereit sein, extern angebotene, qualifizierte Beratung bezüglich Arbeitsschutz bedarfsgerecht in Anspruch zu nehmen und die Ergebnisse systematisch in die betrieblichen Entscheidungssysteme einzubeziehen,
- Erkenntnisse hinsichtlich der Verfahren und Maßnahmen der Gefährdungsanalyse sowie zur Feststellung des Beratungsbedarfs erwerben,
- nicht zur Fachkraft für Arbeitssicherheit ausgebildet werden.

2. Organisation der Informations- und Motivationsmaßnahmen

Mitgliedsunternehmen, die das Unternehmermodell wählen können, werden von der Berufsgenossenschaft über Umfang, Inhalt und Ziele dieser Maßnahmen informiert.

Entscheidet sich der Unternehmer für das Unternehmermodell, so werden ihm die Ausbildungsträger benannt: Berufsgenossenschaft oder Kammern, Innungen und ähnliche Institutionen mit gleichwertigen Informations- und Motivationsmaßnahmen.

Die Berufsgenossenschaft überwacht, dass die Informations- und Motivationsmaßnahmen innerhalb von zwei Jahren durchgeführt werden.

Entscheidet sich der Unternehmer für die Informations- und Motivationsmaßnahmen der Berufsgenossenschaft, wird er von ihr zu den jeweiligen Teilabschnitten der Maßnahmen eingeladen.

Die Berufsgenossenschaft achtet darauf, dass durch Modularisierung der Seminarinhalte im Selbststudium ein möglichst hohes Maß an Branchenorientierung erreicht wird.

Zum Einsatz kommen erwachsenengerechte Lehr- und Lernmethoden. Die Fallbeispiele werden in Gruppenarbeiten durchgeführt.

Die Durchführung der Informations- und Motivationsmaßnahmen erfolgt durch in der Erwachsenenbildung erfahrene Aufsichtspersonen, Beamte der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörden und auf die Zielgruppe Unternehmer qualifizierte Dozenten.

3. Umfang der Informations- und Motivationsmaßnahmen

Art, Umfang und Inhalte der Informations- und Motivationsmaßnahmen werden von der Berufsgenossenschaft auf der Basis der BMA-Rahmenbedingungen vom 23. 06.1992 festgelegt.

Der zeitliche Umfang der Informations- und Motivationsmaßnahmen beträgt 2 x 17 Lehreinheiten (45 Minuten Unterrichtszeit) in Präsenzform; zwischen den Präsenzphasen liegt ein zielgerichtetes Selbststudium, das in modularisierter Form ca. 34 Lehreinheiten umfasst.

Die Präsenzseminare sind branchenübergreifend gestaltet, im Rahmen des Selbststudiums werden vor allem branchenspezifische Vertiefungen durchgeführt.

Die gesamte Maßnahme muss innerhalb von 2 Jahren abgeschlossen sein. Nach Abschluss der Maßnahme müssen regelmäßig, mindestens alle 3 Jahre, Fortbildungsseminare besucht werden, die der Unternehmer bedarfsgerecht auswählen kann.

4. Inhalte der Informations- und Motivationsmaßnahmen

Die Präsenzseminare bestehen aus je 17 Lehreinheiten in Teil 1 und in Teil 2. Evaluation und Lernerfolgskontrolle werden durch ein Paket aus Interviews, Umsetzung des Gelernten in Gruppenarbeiten und in der betrieblichen Gefährdungsanalyse sowie durch Selbstkontrolle mithilfe interaktiver Medien durchgeführt.

Unternehmermodell – Präsenzphase Teil 1: Verantwortung/Gefährdungsanalyse

- Arbeitsschutz für Klein- und Mittelbetriebe
- Ansprechpartner im Arbeitsschutz
- Arbeitsschutz als Führungsaufgabe
- Arbeitsschutzmanagement
- Gefährdungsanalyse

Anlage 2

Selbststudium

Die Teilnehmer erhalten am Ende des Unternehmermodells Teil 1 einen Materialordner mit Unterlagen zum Selbststudium. Darin sind enthalten:

Branchenübergreifende Vertiefungen zu den Themen:

- Gefahrstoffe
- Brandschutz
- Erste Hilfe
- Sicherheitskennzeichnung
- Rechtsgrundlagen
- Anforderungen an Büro- und Bildschirmarbeitsplätze
- Gefährdungsanalyse

Branchenspezifische Unterlagen für die Branchen:

- Arbeitnehmerüberlassung
- Bewachung
- Ausbildungswerkstätten/Schulen
- Ingenieurbüros/Architekten
- Notare/Rechtsanwälte/Verwaltung/Büro u. sonstige

zu den Themenbereichen:

- Verantwortung
- Gefährdungsanalyse
- Gefahrstoffe
- Anlage- und Gerätesicherheit

Unternehmermodell – Präsenzphase Teil 2:

Motivation/Arbeitsschutz an Büro- und Bildschirmarbeitsplätzen

- Anforderungen an Büro- und Bildschirmarbeitsplätze
- Analyse der Gefährdungen an Büro- und Bildschirmarbeitsplätzen und in der Arbeitsumgebung
- Der Sicherheitsdialog als Managementaufgabe
- Förderung des sicherheitsgerechten und gesundheitsbewussten Verhaltens der Mitarbeiter
- Förderung der Arbeitsschutzmotivation der Mitarbeiter

Die Fallbeispiele werden auf die jeweilige Fertigung der Betriebe der Zielgruppe zugeschnitten.

5. Externe sicherheitstechnische Beratung im Rahmen des Unternehmermodells

5.1 Bedarf

Neben der Teilnahme an den Informations- und Motivationsmaßnahmen hat der Unternehmer eine qualifizierte und bedarfsgerechte Beratung nachzuweisen.

Hierzu hat er

- a) regelmäßig den Bedarf für die Beratung zu ermitteln,
- b) im Bedarfsfall einen Berater zu beauftragen und
- c) ein Protokoll über die in Anspruch genommene Beratung und ggf. erforderliche betriebliche Maßnahmen zu führen.

Basis für eine bedarfsgerechte Beratung ist eine im Betrieb durchgeführte Gefährdungsanalyse. Diese kann erfolgen mithilfe einer Aufsichtsperson der Berufsgenossenschaft, eines Beamten der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörde oder eines Beratungsdienstes.

Bedarf für eine Beratung kann insbesondere auftreten bei

- Neu- oder Umgestaltung der Betriebsstätte (z. B. Neubau oder Neuanmietung der Betriebsräume, bauliche Veränderungen von Arbeitsräumen, Verkehrswegen, Sozialräumen und Lagerräumen),
 - Neu- oder Umgestaltung von Arbeitsplätzen,
 - Einführung oder Änderung von Arbeitsverfahren,
 - Beschaffung oder Umrüstung technischer Arbeitsmittel,
 - Einführung von gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen,
 - meldepflichtigen Arbeitsunfällen und anzuzeigenden Berufskrankheiten
- oder wenn
- 6 Jahre keine Bedarfsbetreuung durchgeführt worden ist.

Die Beratung des Unternehmens wird durch eine externe Fachkraft für Arbeitssicherheit vorgenommen.

Da der Unternehmer durch die Maßnahmen für Arbeitssicherheit motiviert ist, wird er in Absprache mit seiner Fachkraft für Arbeitssicherheit, der zuständigen Aufsichtsperson oder einem Beamten der nach § 12 des Arbeitssicherheitsgesetzes zuständigen Behörde seinen darüber hinausgehenden Beratungsbedarf decken.

Anlage 2

5.2 Qualitätsanforderungen an die sicherheitstechnische Beratung

Für Dienste, die im Rahmen des Unternehmermodells sicherheitstechnische Beratung durchführen, gelten dieselben Anforderungen wie für überbetriebliche Dienste gemäß § 19 des Arbeitssicherheitsgesetzes. Auf die gemeinsame Empfehlung von BMA, Ländern, Sozialpartnern, HVBG und VDSI zu Qualitätsmerkmalen und Anforderungen an Fachkräfte für Arbeitssicherheit für deren Aufgabenwahrnehmung (Bundesarbeitsblatt 2/1994 S. 70) wird verwiesen.

5.3 Überprüfung der sicherheitstechnischen Beratung

Die Berufsgenossenschaft überprüft die sicherheitstechnische Beratung im Rahmen der Betriebsbesichtigung.

6. Fortbildung

Nach Abschluss der Informations- und Motivationsmaßnahmen hat der Unternehmer regelmäßig, mindestens alle drei Jahre, an Fortbildungslehrgängen teilzunehmen. Die Fortbildung wird durch die Berufsgenossenschaft durchgeführt.

Die Fortbildung wird bedarfsorientiert durchgeführt.

Sie besteht in der Regel aus halbwöchigen Seminaren oder mehrmaligen Veranstaltungen.

7. Dokumentation

Im Betrieb sind die nachfolgend aufgeführten Dokumentationen anhand einer von der Berufsgenossenschaft standardisierten Unterlage vorzuhalten:

- Nachweis der gewählten sicherheitstechnischen Betreuung,
- Teilnahmenachweis an Informations- und Motivationsmaßnahmen,
- betriebliche Gefährdungsanalyse sowie auf dieser Grundlage durchgeführte Maßnahmen und Planung,
- Nachweis der Verpflichtung, Inanspruchnahme und Ergebnisse externer Beratung.

8. Nichterfüllung der Unternehmerpflicht

Erfüllt ein Unternehmer, der sich für das Unternehmermodell entschieden hat, die sich aus § 2 Abs. 3 der Unfallverhütungsvorschrift und aus dieser Anlage ergebenden Pflichten nicht, kann die Berufsgenossenschaft für seinen Betrieb eine Betreuung nach § 2 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift anordnen.

Anhang

Bezugsquellenverzeichnis

Nachstehend sind die Bezugsquellen der in den Durchführungsanweisungen aufgeführten Vorschriften und Regeln zusammengestellt:

1. Gesetze/Verordnungen

Bezugsquelle: Buchhandel
oder
Carl Heymanns Verlag KG,
Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

2. Unfallverhütungsvorschriften

Bezugsquelle: Berufsgenossenschaft
oder
Carl Heymanns Verlag KG,
Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

3. Richtlinien, Sicherheitsregeln, Regeln, Grundsätze, Merkblätter und andere berufsgenossenschaftliche Schriften für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Bezugsquelle: Berufsgenossenschaft
oder
Carl Heymanns Verlag KG,
Luxemburger Straße 449, 50939 Köln

4. DIN-Normen

Bezugsquelle: Beuth Verlag GmbH,
Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin

5. VDE-Bestimmungen

Bezugsquelle: VDE-Verlag GmbH,
Bismarckstraße 33, 10625 Berlin

